

Gemeinsame Erklärung

anlässlich des Regionen-Gipfels zur Gentechnik in Europa
am 1. September 2009 in München



Nach derzeitiger Rechtslage ist es in der EU grundsätzlich erlaubt, zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) anzubauen. In vielen Regionen Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Österreichs und Polens begegnet die Gentechnik aber starken Vorbehalten. Verantwortungsvolle Politik darf diese Vorbehalte nicht ignorieren, sondern ist aufgefordert, zukunftsfähige Lösungen aufzuzeigen.

Die Unterzeichner sind gemeinsam der Überzeugung, dass die derzeitige Rechtslage regionale Besonderheiten und Traditionen nicht ausreichend berücksichtigt und dem Gedanken der Subsidiarität nicht Rechnung trägt. Europas Regionen müssen künftig über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen selbst entscheiden können.

Das bisher von der EU-Kommission vertretene Konzept der „Koexistenz“ von GVP- und Nicht-GVP-Anbau ist wegen der Kleinstrukturiertheit der Anbauflächen in vielen Regionen Europas nicht umsetzbar und steht auch unter erheblichen Vorbehalten in der Bevölkerung.

Es ist auch nicht ausreichend, wenn den Mitgliedstaaten eingeräumt wird, für einzelne Pflanzenlinien ein Verbot des Anbaus verhängen zu können. Durch den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sind vielmehr die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Regionen unmittelbar betroffen. Gerade Regionen mit starken Traditionen, hochwertiger regionaltypischer Lebensmittelproduktion, kleinräumiger Landwirtschaft oder schützenswerter Natur und Biodiversität haben ein berechtigtes Interesse daran, ihre Traditionen und ihren besonderen Charakter zu bewahren. In vielen Regionen lehnen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab.

Wir vertreten die Auffassung,

dass Entscheidungen über den Anbau nur vor Ort in den Regionen getroffen werden können. Denn dort wirkt sich der Anbau unmittelbar aus. Dies entspricht dem Wunsch unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir begrüßen

die auf dem Umweltrat vom 25. Juni 2009 diskutierte Initiative, eine Entscheidung in den Mitgliedstaaten über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zuzulassen.

Wir sind der Meinung,

dass diese Entscheidung in den Mitgliedstaaten von den Regionen ausgeübt werden muss. Nur so kann die vorgesehene Einbeziehung sozio-ökonomischer Aspekte in die Entscheidung sachgerecht geschehen - diese Aspekte sind regional sehr unterschiedlich.

Wir fordern die Europäische Kommission auf,

zeitnah einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen, mit dem eine Entscheidung in den Mitgliedstaaten ermöglicht wird. Die Mitgliedstaaten müssen die Entscheidungsbefugnis auf die Regionen übertragen können, damit die Regionen in Europa über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen endlich selbst entscheiden können.

München, 1. September 2009



gez.

.....
Dr. Markus Söder
Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit



gez.

.....
Jarosław Słoma
Vorstandsmitglied der Wojewodschaft Ermland-Masuren



gez.

.....
Gérard Audouze
Regionalrat der Region Limousin



gez.

.....
Marc Carballido
Vize-Präsident des Regionalrats der Region Midi-Pyrénées



gez.

.....
Dr. Josef Stockinger
Landesrat des Bundeslandes Oberösterreich



gez.

.....
Hans Berger
Landeshauptmann-Stellvertreter der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol



gez.

.....
Anton Steixner
Landeshauptmann-Stellvertreter des Bundeslandes Tirol